

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (N. 1. 10. Südd., N. 1. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Zeit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bunder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulés; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 9. Juni.

In Deutschland, in den Elbherzogthümern, ist am 7. d. M. der Einmarsch der preussischen Truppen in Holstein erfolgt und in friedlichster Weise sind die Oesterreicher unter Protest des Generals v. Gablenz nach Altona abgezogen. Da Preußen das Recht des realen Mitbesitzes Holsteins wieder beansprucht, kann es auch die Berufung der Stände ohne seine Zustimmung nicht dulden und dies wird nothwendiger Weise doch noch zu einem Conflict führen müssen. Einstweilen sollen jedoch die preussischen Truppen nur Cantonirungen beziehen, in denen keine Oesterreicher stehen. Ist Oesterreich zum Widerstande in Holstein entschlossen, so wird es auch gegen Preußen in Schlesien angriffsweise verfahren, sowie jedenfalls gleichzeitig die Italiener loszuschlagen werden. Daß General v. Manteuffel Schleswig fast ganz von Truppen entblößt hat, beweist, daß Preußen mit aller Energie darauf hindrängen will, wieder in den Mitbesitz der Verwaltung Holsteins zu gelangen. In einer Ansprache, welche der General v. Gablenz an die Bewohner von Schleswig gerichtet hat, ist hervorgehoben, daß nur eine Berufung der Landesvertretung des ungetheilten Schleswig-Holstein stattfinden dürfe. Nur bleibt nunmehr zu erwarten, daß Oesterreich dies auch in Wahrheit und Wirklichkeit thut, d. h. daß es die Stände nach dem Wahlgesetz von 1848 (denn dieses allein macht eine Landesvertretung des ungetheilten Schleswig-Holstein möglich) beruft, von welchem Wahlgesetz bekanntlich auch die österreichische Regierung in Holstein bisher nichts wissen wollte, sowie andererseits die preussische Regierung in diesem Wahlgesetz längst das einzige Mittel hätte erkennen sollen, um ihr Regiment in den Elbherzogthümern populär zu machen und der österreichischen Regierung so den Rang abzulaufen. Aber freilich stimmte das nicht zur sonstigen Politik des Grafen Bismarck. Allem Anscheine nach werden die Italiener durch Besetzung Dalmatiens eine Verbindung mit Ungarn herzustellen suchen, woselbst, neuesten Nachrichten zufolge, eine heftige Gährung herrschen und das Volk, des langen Wartens auf die Anerkennung der Verfassung von 1848 müde, entschlossen sein soll, Oesterreichs Krieg mit Preußen zu seinem Vortheil zu benutzen. Die Anzuspriedenheit äußert sich auch gegen den Landtag, dem man Unthätigkeit und die Verschleppung der Verfassungsangelegenheit Schuld giebt. Diese Stimmung des Landes kam auch schon in einer geheimen Sitzung des Landtags, wie die „Wiener Presse“ meldet, zum Ausbruch. Madaras, ein Mitglied der äußersten Linken, griff den Landtag an und sagte, er

verscherze das Vertrauen des Landes. Es entstand eine große Aufregung darüber, die sich noch steigerte, als Deak das Wort ergriff und die Angriffe der äußersten Linken mit ganz ungewohnter Festigkeit zurückwies. Er soll noch nie mit solcher Leidenschaftlichkeit gesprochen haben, und es ist nach diesem Auftritt nicht unwahrscheinlich, daß seine bisherige Autorität nicht mehr hinreichen wird, die Bewegung zu beherrschen. Unter solchen Umständen kann es Klappa und Kossuth wohl gelingen, ihre Verbindung mit der radicalen Partei zu erneuern, und auf ihrem heimischen Boden zu erscheinen, um ihm die volle Unabhängigkeit von dem Oesterreich zu erringen. — Noch sind natürlich die friedlichen Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich nicht abgebrochen. So hat, wie man aus Hamburg erfährt, der General-Lieutenant Frhr. v. Manteuffel sicherem Benehmen nach den Feld-Marschall-Lieutenant von Gablenz bereits aufgefordert, die gemeinschaftliche Regierung für die Herzogthümer mit ihm in Kiel wieder einzurichten. Ueber die Antwort des Feld-Marschalls ist jedoch noch nichts bekannt geworden. Und der „Eisenbahnzeit.“ telegraphirt man aus Wien: „Der Statthalter v. Gablenz erhielt gestern Ordre, Conflict zu vermeiden; der diplomatische Abbruch wird erst erfolgen, sobald der Bundesgesandte Preußens Frankfurt verläßt.“ — Die deutschen Bundesangelegenheiten betreffend wurde der „V. B. Z.“ vom 8. d. aus Frankfurt a. M. telegraphirt:

Der Prinz Alexander von Hessen hat in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des achten Bundes-Armee-corps gegen die Neutralisirung der Bundesfestungen Protest erhoben, weil die in den Festungen einzulegenden Truppentheile von seinem Armeecorps würden abzugeben sein und dieses dadurch für wirkliche kriegsähnliche Operationen geschwächt werden könnte. Bei dieser Lage des Conflicts muß trotz der Annahme des bayerischen Antrages der bisherige Status der Besatzungsverhältnisse fortbestehen.

Eine andere Depesche von dort und von gleichem Datum lautet:

Hannover, Kurhessen, Oldenburg und die Staaten, welche mit ihren Contingenten die Reserve-Infanterie-Division bilden, stehen in der Mainzer Besatzungsfrage auf Seiten Preußens. Ebenso Bayern, Baden, die Mecklenburgs, die Hansestädte, und, wie es heißt, auch Luxemburg. — Aus Karlsruhe wird glaubhaft gemeldet: Den Friedensbestrebungen des Großherzogs von Baden hat sich außer dem Großherzog von Sachsen-Weimar auch der Herzog Ernst von Koburg angeschlossen. Sachsen-Weinungen hat sich gegen die preussischen Parlaments- und Reformpläne ausgesprochen, welchen die übrigen thüringischen Staaten zustimmen. —

Nach der „Köln. Zig.“ wären in Preußen Maßregeln und Verfügungen, welche die wichtigsten politischen Freiheiten, mit Berufung auf Art. 111 der Verfassung, aufheben, in nächster Zeit zu erwarten. Die Wahlen in Preußen betreffend, wirft der „Vote v. Niederrhein“ die berechtigte Frage

auf: „Gehört die Arbeiterfrage vor eine Urwähler-Versammlung?“ Er beantwortet diese Frage mit Ja und wir stimmen ganz mit ihm überein, wenn er unter Anderem schreibt:

Wir können also unserer Frage nur dann einen richtigen Sinn geben, wenn wir sie enger fassen. Was als fragen: Gehört die Arbeiterfrage vor die Urwählerversammlung? Und ferner: Ist es in diesem oder jenem Wahlbezirk zweckmäßig, sie anzuregen und den Candidaten vorzubringen oder nicht?

Man hat sich bisweilen dagegen erklärt, weil unser Verfassungskonflikt erst gelöst sein müsse; aber das ist, mit Verlaub zu sagen Usianu, selbst wenn wir nicht die liebliche Ansicht vor uns hätten, daß dieser Conflict gar nicht gelöst, sondern auf die eine oder andere Art mit dem Schwerte wird zerbanen werden. Auch bei uns handelt es sich für die Verfassungsparthei, welcher die Rücksticht auf den Conflict obenansteht, um die Berechnung, ob sie mehr Stimmen gewinnt, beziehungsweise verliert, wenn sie von zwei gleich entschiedenen Candidaten einen Arbeiterfreund wählt, oder einen Gegner der socialen Reform. Und diese Berechnung wird auch bereits, wenn auch in unvollkommener Weise bei uns überall angestellt. Die sociale Frage ist thatsächlich bereits eine Wahlfrage, nur haben die leitenden Comitee's meist nicht gern, wenn sie in großen Versammlungen erörtert wird!

Aus guten Gründen! Unter Wahlfreyheit giebt den natürlichen Gegnern der socialen Reform, denen, welchen die gegenwärtigen socialen Verhältnisse sehr gut gefallen, ein Drittel sämtlicher Stimmen, und zwar dasjenige Drittel, welches stets am leichtesten zusammenzubringen ist, welches am festesten zusammenhält, am wenigsten Behinderungen erfährt, am mobilsten zur Stelle ist und bei allen Versammlungen, namentlich Wahlkreis-Versammlungen, die Weisegeld kosten, immer voran ist. Die Arbeiter können höchstens auch ein Drittel aufbringen, und ihr Drittel ist beim Wahltag, wie bei den Wahlmänner-Versammlungen entschieden schwächer als das andere. In den Urwähler-Versammlungen dagegen können sie, wenn sie wollen, ihr moralisches Gewicht in entscheidender Weise in die Waagschale werfen, weil sie die große Masse bilden. Da man nun, um die erste Wählerklasse bei guter Laune zu erhalten, bis jetzt sorgfältig vermeidet, einen Candidaten aufzustellen, der für die sociale Reform ist, so muß man eben so sorgfältig zu vermeiden suchen, dies den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen. Man will also die Erörterung der socialen Frage in Urwähler-Versammlungen nicht deshalb vermeiden, weil sie mit der Wahl nichts zu schaffen hat, sondern genau aus dem umgekehrten Grunde.

Aus Paris wurde gemeldet, daß der Minister Drouyn de Lhuys an die sämtlichen bei den deutschen Höfen beglaubigten französischen Gesandten ein Rundschreiben erlassen hat, worin er zunächst der durch Oesterreichs Erklärung mißglückten Conferenz gedenkt und dann die Gesandten anweist, ihre Bemühungen dahin zu richten, daß die deutschen Staaten in dem Kampfe zwischen Preußen und Oesterreich Neutralität beobachten, damit der Krieg auf die äußersten englischen Grenzen beschränkt werde.

